



STROM, GAS, HEIZÖL UND BENZIN UNBEZAHLBAR? WAS JETZT?



Haben Sie auch schon ein Schreiben Ihres Versorgers mit Preiserhöhung oder Kündigung erhalten?

Millionen Menschen in Deutschland droht im wahrsten Sinne des Wortes das Licht auszugehen. Woran das liegt, wer daran Schuld ist und was Sie jetzt tun können:

Lesen Sie hierzu im Leitartikel von Tim Zborschil auf Seite 2.

Gefahr für Gesundheit UND Demokratie?

Zunehmend radikale und gewaltbereite Proteste der Impfgegner*innen, auch im Lahn-Dill-Kreis gab es bereits zwei Angriffe auf Journalisten, lassen die Warnglocken schrillen.

Clemens Becker über politischen Vertrauensverlust, Perspektiven und die Gefahren für die Demokratie.



Lahn-Dill-Kurier?

Liebe Leserinnen und Leser, bitte verwechseln Sie uns nicht mit dem Wetzlar Kurier. Mit dieser am rechten Rand (und regelmäßig auch darüber hinaus) fischenden Zeitung haben wir nichts zu tun - im Gegenteil. Wir möchten progressiven Meinungen und Themen eine Plattform bieten und laden Sie herzlich ein, mitzumachen und dieses Ansinnen zu unterstützen. Vielen Dank!

Vom Flüchtling zum Bundestagsabgeordneten

Ein Gastbeitrag von Ali Al-Dailami über sein Leben und die rot-rot-grüne Koalition in Gießen.



Energiepreise fast unbezahlbar - und die Politik schaut zu!

von Tim Zborschil

Am 21. Dezember erreichte der Preis für eine Megawattstunde Strom einen Allzeithöchststand. Im Januar 2022 sind die Preise zwar leicht gesunken, jedoch immer noch auf einem unverändert sehr hohen Niveau. Die Endkundenpreise werden aufgrund der extrem dynamischen und angespannten Lage auf dem Strommarkt vorerst nicht sinken. Viele Versorger erhöhen die Preise sogar drastisch – im Schnitt um über 60%. Auch bei Gas, Heizöl und Benzin sieht es ähnlich aus.



Proportional besonders stark betroffen sind Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen: Neben steigenden Kosten für Wohnen und Lebensmittel führt dies zu existenziellen Problemen. Es darf nicht sein, dass Duschen, Kochen, Licht, Heizung oder der Weg zur Arbeit zum unerschwinglichen Luxusgut werden.

Es braucht dringend einen Energiegipfel und Entscheidungen, die die Haushalte spürbar entlasten. Denkbar wären bspw. ein kostenloses Grundkontingent für Strom und Heizung, gegenfinanziert durch Preissteigerungen im Hochverbrauch für „Energieverschwender“. Aber auch im Bereich der Stromsteuer sowie einer zunehmenden Steuerfinanzierung bei der Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien gibt es Handlungsspielräume, die schnell zu spürbaren Entlastungen führen können.

Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE ein Verbot von Strom- und Gassperren – nicht frieren zu müssen ist ein elementares Grundbedürfnis, ebenso wie Licht und Strom zur Verfügung zu haben. Doch schon 2019 waren bundesweit 289 000 Haushalte von Stromsperren betroffen. Angesichts der steigenden Preise dürfte diese Zahl stark ansteigen.

Klar ist aber auch: Es zeigt sich erneut, dass Daseinsvorsorge in öffentliche Hand gehört. Private Konzerne, die mit Grundbedürfnissen wie Energie, Gesundheit oder Mobilität etc. Profite erwirtschaften (müssen), handeln logischerweise nicht im Interesse des Gemeinwohls. Weder Energiekonzerne noch Krankenhäuser oder Pflegeheime sollten größtmögliche Gewinne und Dividenden generieren müssen.

Solange Bundes- und Landesregierung dieses Thema weiter ignorieren, bleibt den Verbraucher*innen leider aktuell nur Wechsel aus günstigen Altverträgen so lange wie möglich hinauszuzögern, Preise ständig zu vergleichen und auf Preisgarantien zu achten. Leider.

Aus dem Kreistag

Medizinstipendien: In der Fortsetzungssitzung des Kreistages am 17. Januar 2022 sollen die alten noch nicht debattierten Anträge aus dem Jahr 2021 abgearbeitet werden. Mit dem vierten Antrag des Tages vom 11. Juni 2021 forderte die CDU, die Vergabe von Medizinstipendien an Studierende der Humanmedizin zu prüfen.

DIE LINKE stellte hierzu einen weitergehenden Änderungsantrag in dem sie die Einberufung eines Runden Tisches fordert. Diesem sollten Ärztinnen und Ärzte, Apotheker*innen, Betreiber*innen von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser angehören. So kann eine Expertise in den Umsetzungsprozess eingebunden werden, und zwar auch über die Stipendienvergabe hinaus, bzw. in die Planung für eine bedarfsgerechte, zukunftssichere und flächendeckende Gesundheitsversorgung, einzubinden.

Obwohl die CDU in Greifenstein einem singgleichen Antrag in der Gemeindevertretung zugestimmt hat, lehnte die Kreis-CDU unseren Änderungsantrag wie immer aus ideologischen Gründen ab. Auch der ursprüngliche Antrag der CDU fand keine Mehrheit. Durch die Debatte wurde aber erreicht, dass in Kürze im zuständigen Ausschuss über eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung diskutiert werden soll.

Klimanotstand: Mit unserem Antrag „Klimanotstand“ wollten wir den Landrat bitten, die Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis zu ermuntern, den Klimanotstand auszurufen. Da wir auch für diesen Antrag keine Mehrheit erreichen konnten, haben wir einen Änderungsantrag von B90/Die Grünen übernommen. Da hierzu aus formalen Gründen nicht direkt abgestimmt werden konnte, verbleibt der Antrag im Geschäftsgang und wird in der nächsten Sitzung am 7. Februar 2022 auf der Tagesordnung stehen.



Pressefreiheit: Unser Antrag zur Pressefreiheit „Der Kreistag bekennt sich zur Pressefreiheit und ächtet alle Versuche, Journalist*innen bei missliebiger Berichterstattung öffentlich an den Pranger zu stellen.“ Tim Zborschil begründete den Antrag für DIE LINKE wie folgt: „Im Nachgang der Kreistagssitzung vom 05. Juli 2021 veröffentlichte der Fraktionsvorsitzende der AfD, Lothar Mulch, auf der Facebook-Seite der AfD Kreistagsfraktion ein Posting, in dem er fragt „Ist Joergen Linker ein Kommunist?“, ihm „Gesinnungsjournalismus“ unterstellte und ihn einer rechtsextremen potentiell gewalttätigen Filterblase zum Fraß vorwarf. Somit wurde das Grundrecht der Pressefreiheit in eklatantem Maße angegriffen.“



„Der Kreistag darf solche Versuche von Rechtsextremisten, unsere Demokratie auszuhöhlen, Pressevertreter*innen anzugreifen und deren Berichterstattung zu beeinflussen oder zu unterbinden, auf keinen Fall dulden.“ Der Antrag löste eine hitzige Debatte aus und endete auf Antrag der Koalitionsfraktionen mit einem allgemeinen Bekenntnis zur Pressefreiheit. Auch wenn unsere Anträge keine direkte Zustimmung erhielten, sind wir mit dem Verlauf recht zufrieden - denn die AfD hat ihre bürgerliche Maske erneut fallen lassen.

Anliegen? Ideen? Probleme?

Kontaktieren Sie uns: kreistagsfraktion@die-linke-ldk.de

Hans-Horst Knies,
Fraktionsvorsitzender



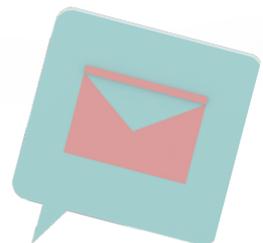
Thema: Querdenken-Demos in Herborn und Wetzlar

Für statt gegen etwas – ein Rückblick auf zwei Demos und ihre Lehren

Der Bundespräsidentschaftskandidat der LINKEN, Gerhard Trabert, ließ in seiner Ansprache verlauten, er trete für etwas an – nicht gegen Steinmeier. Trabert ist eine Symbolfigur für soziale Gerechtigkeit, für die er sich seit Jahrzehnten, insbesondere in Corona-Zeiten, als Arzt einsetzt. So hat er Obdachlose durch Impfungen vor einer Corona-Ansteckung geschützt. Ein proaktives Vorgehen in Wort oder Tat ist ein hervorragendes Mittel zur Bekämpfung der Pandemie. Als am 8. Januar eine Vertretung von DIE LINKE Lahn-Dill bei der Querdenker*innen-Gegendemo präsent war, wurde das klar. Und die Frage stellt sich, wie man offenbar verloren gegangenes Vertrauen in „die“ Politik zurückgewinnen kann. Denn wenn selbst ein weites Spektrum politisch Orientierter nicht davor zurückschreckt, Seite an Seite mit einer Faschisten-Fraktion zu demonstrieren, kann man sich ausmalen, wie groß der Vertrauensverlust sein muss. Außerdem schien es, dass es eine hohe Anzahl aus dem weiteren Umkreis, teilweise bundesweit, zur Querdenker*innen-Demo nach Wetzlar zog. Auch hier gilt: Wer solche Kilometer macht, zeigt, wie tief verankert seine Frustration ist.

DIE LINKE muss sich hiermit auseinandersetzen, Lösungsansätze anbieten – und sie tut es. Konkret bedeutet das: Der Pflegenotstand muss durch dauerhafte Gehaltsanhebung behoben, der Wettbewerbsgedanke bei Gesundheit durch Übergabe von Krankenhäusern in öffentliche Hand beseitigt werden. Außerdem ist Solidarität mit Ländern mit niedriger Impfquote vonnöten, z. B. durch Spenden von Impfdosen und Aufhebung der Impfstoffpatente. So kann die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Mutante und somit einer weiteren Pandemie-verlängerung geringer gehalten werden. Und es braucht eine Ausweitung und Verbesserung der Angebote für Heranwachsende, insbesondere im Hinblick auf Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.

Vor allem aber ist langfristig für ein friedliches, möglichst pandemieloses Miteinander geboten: Austausch mit nicht Impfwilligen bei gleichzeitiger klarer Distanzierung von undemokratischen Kräften, die versuchen, in dieser Debatte ihre Ideologie unterzubringen. All das ist kein Hexenwerk – doch man muss es ehrlich wollen.



Wie erleben Sie die Pandemie?

Was macht Ihnen Angst?

Wo sehen Sie lokal dringenden Handlungsbedarf?

Schreiben Sie uns gerne an: kreisverband@die-linke-ldk.de

Auch knappe Mehrheiten können viel bewegen

von Ali Al-Dailami

Um mich kurz vorzustellen – mein Name ist Ali Al-Dailami. Geboren wurde ich 1981 in Sanaa, der Hauptstadt des Jemens.

Als Sohn politischer Flüchtlinge kam ich zu Beginn der Neunzigerjahre nach Deutschland. Ab meinem zwölften Lebensjahr wuchs ich in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auf, zuletzt in Lich. Ich holte meine Schulabschlüsse an der Abendschule nach und absolvierte danach eine Ausbildung zum Restaurantfachmann.



Mehr über Ali und seine Arbeit finden Sie auf seiner Facebook-Seite: @AliAIDailami



Seit der letzten Bundestagswahl bin ich Mitglied des Deutschen Bundestags und dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie verteidigungspolitischer Sprecher meiner Fraktion. Gleichzeitig bin ich stellvertretender Bundesvorsitzender der LINKEN. Als aktueller Fraktionsvorsitzender der Gießener LINKEN freut es mich besonders, dass es uns gelungen ist, mit SPD und Grünen eine neue Stadtregierung zu bilden. Auch wenn die neue Regierung eine knappe Mehrheit von zwei Stimmen hat, sind unsere Ziele ambitioniert.

15 Millionen Euro werden wir jährlich zusätzlich ausgeben können, um für bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu sorgen. Bereits jetzt haben wir beim Wohnungsbau eine Sozialquote von 20% durchgesetzt und zusätzlich eine 10% Quote für sogenannte Schwellenhaushalte. Den ÖPNV werden wir weiter ausbauen, um die Verkehrswende weiter voranzutreiben. Die Fahrpreise für den ÖPNV werden wir für Transferleistungsbezieher um 50% reduzieren. Stromsperren werden wir durch einen Härtefallfonds zukünftig verhindern und vieles mehr.

Ich kämpfe zudem sowohl in der Kommune als auch im Bundestag dafür, dass die notwendigen Schritte hin zur klimaneutralen Gesellschaft nicht zu einem Projekt für Besserverdienende werden. Mobilität, ausgewogene Ernährung sowie Heiz- und Wohnkosten dürfen nicht zum Luxus werden, der nur noch mit einem besseren Einkommen finanzierbar wird. Der Kampf um Klimaneutralität bleibt für mich und meine Partei auch ein Kampf um Klimagerechtigkeit. Wir sagen: Die, die am meisten CO2 verursachen, sollen auch den Löwenanteil der notwendigen Kosten tragen. Es ist nicht gerecht, wenn die kleinen Leute die Zeche für das zahlen sollen, was andere durch ihr Verhalten verursacht haben.

Erste Rede im Bundestag



Die momentane Zuspitzung des Konflikts ist besorgniserregend. Der militärische Aufmarsch und die Konzentration russischer Truppen sind gefährlich, die Aufrüstung der Ukraine durch die USA, die Türkei und weitere NATO-Staaten ebenso. Es ist an der Bundesregierung, eine Vermittlerrolle einzunehmen und eine mögliche Entspannung nicht durch einseitige Parteinahme zu verspielen.

Scannen Sie den QR-Code, um zum Video der ersten Rede zu gelangen.



Hermann Schaus berichtet aus dem Landtag

Seit 2008, seitdem die LINKE erstmals in den Hessischen Landtag einzog, bin ich Abgeordneter. Ich kandidierte viermal im Hochtaunuskreis, aus dem meine Familie und ich vor gut drei Jahren nach Wetzlar gezogen sind. Meine Schwerpunkte sind Innen- Gewerkschafts- und Wohnungspolitik. Derzeit bin ich auch stellv. Vorsitzender des Lübcke-Untersuchungsausschusses.

Wir beraten momentan sehr viel über Corona und wie die Bevölkerung am besten davor geschützt werden kann. Dazu gehört insbesondere der Schutz von Kindergarten- und Schulkindern, wozu wir zahlreiche Initiativen, Anträge und Gesetzentwürfe in den letzten zwei Jahren in den Landtag eingebracht haben.

Uns beschäftigt ganz besonders, wie es mit dem unter Roland Koch in 2006 privatisierten Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) weitergeht. Das Klinikum leidet stärker als andere Krankenhäuser unter Personalmangel und der private Betreiber vernachlässigt notwendige Investitionen. Wir unterstützen deshalb eine Bürgerinitiative, die den Rückkauf durch das Land Hessen fordert. Gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di haben wir dazu eine Studie in Auftrag gegeben. Jetzt will die zuständige grüne Ministerin 500 Mio. Euro, als Finanzspritze in den kommenden zehn Jahren zur Verfügung stellen. Unser Fraktionsvorsitzender, Jan Schalauske, sieht den "fatalen Zustand der Privatisierung" mit dieser neuen Vereinbarung weiter festgeschrieben. So bleibe das Klinikum weiter in der Hand einer Aktiengesellschaft und damit auch ein „Spielball auf den Finanzmärkten.“

Bei den derzeitigen Haushaltsberatungen haben wir in ca. 100 Änderungsanträgen deutlich gemacht, was wir als LINKE unter sozialer Gerechtigkeit verstehen. So befinden sich darunter z.B. Anträge zur Gebührenfreiheit für alle Kindergärten, verstärkte Gebäudesanierung und bessere Ausstattung der Schulen. Wir wollen mehr Geld für die Investitionen in Krankenhäuser sowie für den Gesundheits- und Arbeitsschutz ausgeben. Zum Klima- und Umweltschutz haben wir alleine 22 Änderungsanträge eingereicht. Darunter auch für einen energetischen Umbau und zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots, hin zu einem kostenlosen ÖPNV für alle. Wir fordern eine bessere finanzielle Unterstützung für Kulturschaffende und für Studierende, denen durch Corona die Einkünfte weggebrochen sind. Viel mehr Mittel sollen in den sozialen Wohnungsbau gehen, damit jährlich mindestens 10.000 Sozialwohnungen in Hessen neu gebaut werden können. Dies alles könnte durch die Wiedereinführung einer gerechten Vermögenssteuer finanziert werden, ohne neue Schulden zu machen. Wir wollen eine stärkere Umverteilung von sehr hohen Einkommen und Vermögen, zugunsten von 99% der Bevölkerung!

Sie haben ein Anliegen?

Kontaktieren Sie mich gerne über meinen Wahlkreismitarbeiter Tim Zborschil - kontakt@tim-zborschil.de

Wahlkreisbüro: Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar

geöffnet Mo, Di 11-14 Uhr ; Fr 13-16 Uhr





Aus dem Stadtparlament in Wetzlar:

Bei den Kommunalwahlen vom März 2021 konnten wir als Partei erhebliche Stimmengewinne verzeichnen und sind dadurch erstmals als Fraktion im Stadtparlament vertreten. Ebenso stellen wir mit Klaus Petri erstmals einen von 12 ehrenamtlichen Mitgliedern im Magistrat. Sarah Dubiel führt unsere Fraktion als Vorsitzende. Sie ist in Wetzlar in zahlreichen außerparlamentarischen Initiativen aktiv und auch eine der Bundessprecherinnen unserer Linksjugend [solid].

Da die bisherige Koalition aus SPD, FW und Grünen ihre Mehrheit verlor, wurden wir gleich zu Beginn der Legislaturperiode zu einer Vielzahl von einzelnen und gemeinsamen Gesprächen mit den drei Fraktionen eingeladen. Wir erklärten uns sehr früh, nach intensiven Beratungen in unserem Kreisverband dazu bereit, Teil einer Koalition zu werden. Während die Grünen und sogar die FW durchaus geneigt waren, mit uns in eine Koalition zu gehen, war die SPD in dieser Frage gespalten, und es dauerte deshalb sehr lange bis eine Entscheidung getroffen wurde, dann aber für die FDP.

Offensichtlich waren unsere inhaltlichen Forderungen zur Sozial-, aber auch zur Baupolitik der Mehrheit in der SPD ein Dorn im Auge. So sind wir nun engagiert und aktiv als linke Opposition im Stadtparlament tätig!

So forderten wir unmittelbar nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, in einem Antrag, dass sich Wetzlar mit den Flüchtlingen solidarisiert und sich, wie rund 300 andere Städte auch, zu einem „sicheren Hafen“ zur Aufnahme erklärt. Wir haben hierbei eine Initiative von Flüchtlingsorganisationen und Sozialverbänden aufgegriffen. Dieser Antrag wird noch in den Ausschüssen beraten.

Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der Förderung von jungen Familien, beim Erwerb von städtischen Grundstücken in Wetzlar. Danach sollen junge Familien mit Kindern, einen Nachlass beim Kauf in Neubaugebieten erhalten, so, wie es bis 2019 in Wetzlar auch möglich war! Gleichzeitig haben wir aber auch kritisiert, dass die Grundstücke im Neubaugebiet Schattenlänge, zu groß bemessen sind. Dort sind nur 3 der 85 Grundstücke unter 450 qm groß, aber viele zwischen 600 qm und 800 qm. Sie kosten dadurch rund 200.000 Euro. Da in Wetzlar aber 1.300 Familien gerne ein Baugrundstück kaufen möchten, hätten kleinere Grundstücke und eine Doppelhausbebauung mehr Familien zu preiswerten Grundstücken verhelfen können. Hier bleiben wir ebenso dran, wie bei unseren zahlreichen weiteren Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit in Wetzlar!

Kontakt zu unserer Wetzlarer Stadtverordnetenfraktion:
stadtfraktion-wetzlar@die-linke-ldk.de



Nazis im Netz und wie Du sie identifizieren kannst

Von Marvin Dietrich

Das Internet ist ein großartiges Werkzeug, um mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten. Leider ist gerade dieser Fakt eine große Chance für Rechtsradikale, um weitere auf ihre Seite zu holen und auf subtilere Weise ihren Hass zu verbreiten. Die Erkennungszeichen der Nazis im Netz haben sich über die Zeit immer weiter gewandelt. Heutzutage sind es nicht nur ein einfaches "88" oder "SS" im Nutzernamen, gefolgt von offensichtlich rechten Nachrichten. Einige offensichtliche "Dog-Whistles" besitzen Nazis jedoch im Netz. Neben den soeben genannten nutzen einige beispielsweise zwei Blitz-Emojis, in Anlehnung an das SS-Symbol.

Ein neues Erkennungsmerkmal der Rechten im Netz ist außerdem die "Schwarze Sonne". Diese ist ein Symbol, welches aus zwölf in Ringform gespiegelten Siegesrunen oder drei übereinandergelegten Hakenkreuzen besteht. Dies ist noch eines der offensichtlicheren Erkennungsmerkmale. Rechte ziehen jedoch auch verdeckt Leute in ihren Bann. Heute sind sie dadurch gefährlicher denn je. Gerade Content Creator, die sich abfällig über Feminismus und progressive Entwicklungen äußern, können für viele, meist junge, Menschen der Einstieg in die rechte Szene sein. Bei vielen jungen Erwachsenen fängt es genau so an, zuerst macht man sich über die "hysterischen" Feminist*innen lustig, kurze Zeit später ist man von weit radikaleren Ideologien überzeugt.

Dieses Phänomen wird von vielen mittlerweile als die "Alt-Right-Pipeline" beschrieben, also eine Art Pipeline, die mit feminismuskritischen Videos beginnt und bis zur ernsthaften Nazi-Propaganda reicht. Diese Pipeline ist besonders für junge Menschen gefährlich, da diese immer weiter in ihrer Meinung beeinflusst werden und sich zunehmend stärker radikalisieren. Was diese Form der Pipelines besonders gefährlich macht, ist der Fakt, dass Rechtsextreme im Internet oft in verdeckten Gruppen und Chats ihre Handlungen planen.

Selbst hier in Wetzlar kommunizieren der rechte Rand und auch überzeugte Nazis mithilfe von Telegram, da diese App keine Auskunft über ihre Nutzer gibt. Über diese Telegram-Gruppen planen sie beispielsweise Anti-Impf-Proteste oder ihre "spontanen" Spaziergänge. Aufgrund dieser Bedrohungen von Nazis im Netz sollte man stets wachsam bleiben. So sind online einige Datenbanken zu finden, auf welchen man Nazi-Code-Wörter und Phrasen finden kann. Bei der Alt-Right-Pipeline gilt größte Vorsicht.

Der eigene Konsum, aber auch dieser von beispielsweise jüngeren Geschwistern oder Familienmitgliedern, sollte aufmerksam beobachtet werden. Bestenfalls überprüft man, welche Videos geschaut werden. Falls dort kritische Dinge zu finden sind, sollte man sie direkt ansprechen, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Gegen Telegram-Gruppen vorzugehen, ist jedoch schwierig. Dennoch ist es wichtig, bezüglich dieser achtsam zu sein und darauf zu achten, dass man selbst oder Angehörige keinen Telegram-Gruppen beitreten, welche offensichtlich rechte Sprache und Ziele propagieren.



Einwurf von LINKS

Die Wochenendkolumne von Michael Kraft - jeden Sonntag auf www.die-linke-ldk.de

Auf nach El Dorado!



In einem kleinen Absatz des Koalitions-vertrages der neuen Bundesregierung mit dem Titel „Innovationen und Transfer“ wird angekündigt, Zitat: „Dazu wollen wir Innovationsregionen nach britischem Vorbild schaffen und dafür Handlungsspielräume des nationalen wie europäischen Rechts nutzen und ausweiten.“

Thomas Sattelberger, ehemals Topmanager bei Telekom, Lufthansa, etc., der für die neoliberale FDP in den Verhandlungen saß, träumte in einem Interview mit der Wirtschaftswoche von der Möglichkeit 60% der Gehälter von „Gründern, Wagniskapitalgebern oder Industriepartnern“ für fünf Jahre steuerfrei zu stellen.

Dafür, dass die Damen und Herren mit dem dicken Geldbeutel eventuell mehr als die Hälfte ihres Einkommens dann nicht mehr versteuern müssten, bekommen sie im Gegenzug aus Steuermitteln 3% des Bruttoinlandsprodukts (in Bezug auf das BIP aus 2020 wären diese 3% rund 100 Milliarden Euro Steuergelder), welches sie in ihre „Forschungen“ stecken könnten, um im Anschluss daran die erwirtschafteten Gewinne größtenteils steuerfrei selbst einzustecken.

Bedenkt man dabei, dass es noch entsprechende Steuersparmodelle, Abschreibungen, und so weiter gibt, die hierbei noch gar nicht berücksichtigt sind, darf man getrost davon ausgehen, dass es wohl so sein wird, dass diese aus staatlichen Mitteln geförderten und steuerbefreiten Damen und Herren Kapitalgeber am Ende noch dafür Rückzahlungen erhalten können, dafür dass sie Steuergelder angenommen haben.



Im Gegenzug bleibt für die Arbeitnehmer*innen in den kommenden Jahren wohl lediglich ein Gehaltszuwachs, der deutlich unter der Inflationsrate liegen wird, und „Sonderwirtschaftszonen“, in denen gesetzliche Regelungen wie Arbeitsschutzgesetze oder Mitbestimmungsrechte beschnitten werden, um diese „Innovationen“ zu fördern.

Blickt man auf das vermeintliche Vorbild England, ist festzustellen, dass dort fast ausschließlich neue Jobs entstanden die zuvor an anderen Standorten abgebaut wurden. Es ist zu befürchten, dass die neue Ampelregierung dort weitermachen wird, wo die Rot-Grün unter Schröder aufgehört hat:

Einem Umbau des Landes in ein El Dorado für das Kapital auf Kosten der Arbeitnehmer*innen.

Tipps von Links

Kino-Tipp: *House of Gucci*

von Marvin Dietrich

Die Marke Gucci ist ein Gigant der Modeindustrie. Spätestens seit den 70ern und 80ern ist das Modelabel sehr erfolgreich geworden, vor allem aufgrund ihrer Unterstützung eines liberalen Geschlechterbildes.

Doch wo der Kapitalismus die einen belohnt, gibt es immer Opfer.

Darum dreht sich der Film *House of Gucci*, der am 2. Dezember in den deutschen Kino startete. Der Film zeigt die Geschichte von Gucci, vor allem aber die Beziehung der Familie hinter dem Modelabel. Anfangs möchte Maurizio Gucci (Adam Driver) nichts mit dem Unternehmen seiner Familie zu tun haben. Doch nachdem er Patrizia Reggiani (Lady Gaga) kennenlernt, ändert sich sein Leben. Basierend auf wahren Begebenheiten zeigt der Film, wie die Gier nach Geld Menschen ins Negative verändern kann. Eine von Verrat und Schmerz geplagte Geschichte gibt einen Einblick in eine Welt, die die Begierde vieler zu sein scheint. Wer sich nach einer subtilen, aber dennoch offensichtlichen Kapitalismuskritik sehnt, sollte diesem Film eine Chance geben.



"Bevor Politiker Fragen beantworten, quatschen sie erstmal lange, damit sie nicht so viele Fragen beantworten müssen."

Gregor Gysi

Gregor Gysi ist einer der besten Redner der Republik und wird parteiübergreifend für seine Rhetorik geschätzt. In diesem Buch erklärt er, wie Kommunikation in der Politik funktioniert, welche Fallstricke es gibt, warum im Bundestag oft nicht einmal die Abgeordneten zuhören, wie unangenehme Botschaften sprachlich verschleiert werden und wie man sich in Talkshows um Kopf und Karriere reden kann. Feinsinnig, spitzzüngig und humorvoll - ein spannender Einblick in die Mechanik des Politikbetriebs. (Quelle: jpc.de)

Erscheinungstermin 24. Februar 2022



An welchen Stellen kippt unsere Gesellschaft? An welchen Grenzzlinien driftet und shiftet unser Leben? Wo verlaufen die Übergänge zwischen Schwarz und Weiß, Fun und Disaster, Hängematte und „Hoch die Faust“? Die Hamburger Hip-Hop-Crew Neonschwarz schaut auf ihrem vierten Album „Morgengrauen“ genau auf jene Punkte und Phasen, die unsere Zukunft definieren.

Erscheint am 25. Februar 2022 bei Audiolith

Ärztemangel & drohender Pflegekollaps: Lokale Symbolpolitik nicht ausreichend!

Redebeitrag aus der Kreistagssitzung vom 17.01.2022



Tim Zborschil,
bildungspolitischer Sprecher

Neues Jahr, alte CDU-Strategie. Man sitzt in der Landesregierung und bis vor Kurzem in der Bundesregierung, versagt dort aber seit etlichen Jahren in der Bewältigung des Pflegenotstandes und rauscht sehenden Auges einem Pflegekollaps entgegen.

Statt dafür zu sorgen, die Privatisierungen zahlreicher Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurückzunehmen, Pfleger*innen besser zu bezahlen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern oder die Zwei-Klassen-Medizin abzuschaffen, scheint lokale Symbolpolitik wieder einfachere Weg zu sein.

Warum setzt man sich nicht in Bund und Land dafür ein, dass das Problem beim Schopfe gepackt wird?

Nein, es wird lieber lokal an den Symptomen herumgedoktort, statt wirklich die Ursachen anzugehen. Ja, wir als LINKE warnen seit vielen Jahren genau davor, was inzwischen in einigen Gemeinden Realität ist – nämlich eine chronische gesundheitliche Unterversorgung, die im wahrsten Sinne des Wortes Leben gefährdet.

Nun ist das Kind vielerorts in den Brunnen gefallen, und die Hoffnung, dass die Entscheidungsträger*innen in Bund und Land endlich was tun, ist gleich null. Gleichzeitig hat man aber eben den Versorgungsauftrag und sucht deshalb kreative Notlösungen, um sich noch ein paar Jahre Luft zu verschaffen, Stipendien sind eine dieser Maßnahmen.

In meiner Heimatgemeinde Greifenstein wurde im Juli 2021 einstimmig beschlossen, dass Stipendien für Medizinstudierende vergeben werden. In Greifenstein beträgt das Durchschnittsalter der Ärztinnen und Ärzte 66 Jahre. Die Hälfte von ihnen steht kurz vor der Pensionierung.

Gleichzeitig wurde einstimmig beschlossen, einen Runden Tisch einzurichten, an dem Ärztinnen, Apotheker*innen und Betreiber*innen von Pflegeeinrichtungen beteiligt werden, um Expertise in die Vergabe der Stipendien und weitere anstehende Projekte zur Vermeidung eines Pflegekollaps einzubinden. Das halten wir für eine gute Idee, weshalb wir hiermit einen Änderungsantrag stellen, der genau das über den vorliegenden Antrag hinaus fordert.

Außerdem fordern wir, dass der Kreisausschuss dahingehend informiert, welche Gemeinden inzwischen eigene Maßnahmen wie die Vergabe von Stipendien ergriffen haben, damit der Kreis ein möglichst abgestimmtes und einheitliches Vorgehen gewährleisten kann. Nichts wäre unangenehmer, wenn es in dieser zentralen, lebenswichtigen Frage zu einem Wettbewerb zwischen reicheren und ärmeren Gemeinden käme.

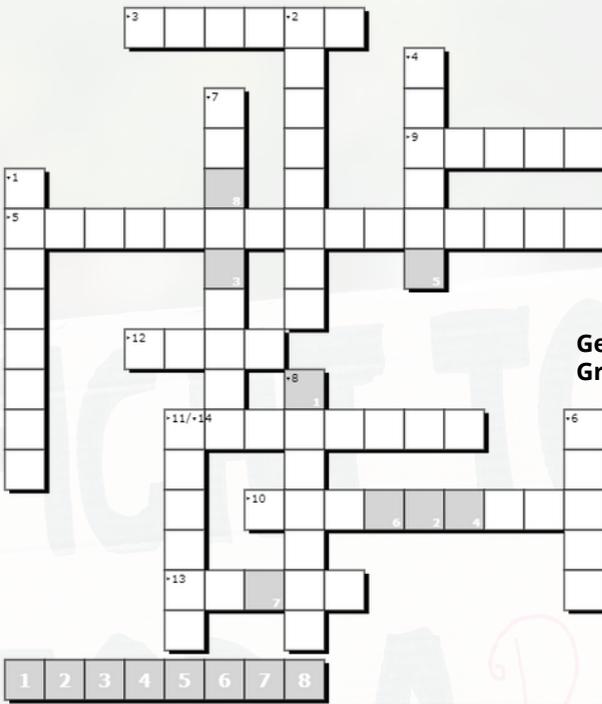
Monattreffen

Dich interessieren Themen wie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder Antirassismus?

Wir laden herzlichst zum monatlichen Mitgliedertreffen der LINKEN LDK ein.

Termine: 11. Februar und 11. März jeweils ab 19 Uhr im LINKE-Büro Wetzlar* (Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar) oder per Zoom. *Präsenz unter Corona Vorbehalt

Alle Veranstaltungsinfos und Zugangsdaten gibt es auch im Internet auf die-linke-ldk.de



1. Name der LINKEN-Kreisvorsitzenden
2. Kleinste Gemeinde im LDK
3. Britischer Street-Art-Künstler
4. Stadtteil von Herborn
5. Attraktion in Breitscheid
6. Fußballbundesligist ... Berlin
7. Gemeinde im LDK
8. Farbe
9. Hunderasse
10. Autor des Gastbeitrages
11. Kommunalparlament
12. Chemisches Element
13. Griechischer Buchstabe
14. Erdzeitalter

Gewinne das neue Buch von Gregor Gysi "Was Politiker nicht sagen"



Das Buch wird unter allen Einsendungen verlost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Einsendeschluss 17. April 2022

Lösungswort per Mail an: kreisverband@die-linke.de

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

Einmischen! Mitmachen!



Interesse? Schreib uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de oder komm einfach mal vorbei. Unser Büro ist jeden Wochentag besetzt!

DIE LINKE. Lahn-Dill
Friedenstraße 16,
35578 Wetzlar (Nähe Stadthalle)

Öffnungszeiten:
MO, DI, DO: 11 bis 14 Uhr
MI: 11 bis 17 Uhr
FR: 13 bis 16 Uhr

Mehr Infos und aktuelle News immer auf unseren Kanälen:



@linke_lahndill



@DIE.LINKE.LDK



www.die-linke-ldk.de

Impressum:

DIE LINKE. Lahn-Dill
V.i.S.d.P. Tim Zborschil
Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar